

**Selbstbewusste Rolle**  
Brüssels Chefdiplomat  
Josep Borrell zum  
künftigen Verhältnis  
der EU mit den USA. 2

**Hässlicher Kampf**  
Vor der Abstimmung  
zur Konzerninitiative  
liegen die Nerven  
vielerorts blank. 8

**Neue Töne**  
«Power Up»: AC/DC  
überraschen  
mit einem neuen  
Album. 29



**Remo Largo**  
Der Kinderarzt und  
Erziehungsratgeber ist  
im Alter von 76 Jahren  
gestorben. 27

AZ 3000 Bern 1

ANZEIGE

**WIR WÄHLEN**  
**FRANZISKA TEUSCHER**  
CHRISTINE HÄSLER  
Regierungsrätin  
FELIX WOLFFERS  
ehem. Leiter des Sozialamts der  
Stadt Bern  
REGULA RYTZ  
Nationalrätin  
JOY MATTER  
ehem. Schuldirektorin  
2x  
auf Ihre  
Gemeinde-  
ratsliste

# Der Bund

Freitag, 13. November 2020 — 171. Jahrgang, Nr. 266 — Fr. 4.60 (inkl. 2,5% MwSt)

Unabhängige liberale Tageszeitung — gegründet 1850

Heute im «Bund»

## Trump sorgt für Unruhe

**US-Wahl** Die meisten führenden Republikaner schweigen bislang zu den Vorwürfen des Präsidenten über angeblichen Wahlbetrug oder befördern sie gar. In Washington wächst die Sorge, dass das Vertrauen ins Wahlsystem Schaden nimmt. **Seite 3**

## Steuermillionen für Islamisten

**Entwicklungshilfe** Seit 2012 hat die Schweizer Entwicklungshilfe Geld in eine islamische Hilfsorganisation gepumpt, deren Führungsetage mit mehreren Antisemiten und Islamisten besetzt war. **Seite 9**

## Wird Zollikofen linker?

**Gemeindewahlen** Nach Erfolgen in Bolligen und Muri hofft die Linke auch in der Agglomerationsgemeinde Zollikofen auf Wählerzuwachs. Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP) sitzt aber fest im Sattel. **Seite 18**

## Beim Park wird gespart

**Stadt Bern** Wegen der angespannten Finanzlage entschlackt die Stadt Bern ihre Bauvorhaben. Als Erstes trifft es den neuen Stadtteilpark im Holligenquartier. Dieser soll nun 700'000 Franken weniger kosten als geplant. **Seite 19**

## Offspace im Internet

**Kunst im Netz** Auch wenn sie nirgends ausgestellt ist, kann man Kunst kaufen. Eine neue Website setzt mit einem Offspace im Internet dem Kulturstillstand ein Geschäftsmodell der Solidarität entgegen. **Seite 32**

## Meinung & Analyse

### «Die Verschuldung zeigt: Wir können uns weitere Massnahmen sehr wohl leisten.»

Finanzminister Ueli Maurer liege mit seiner Sparpolitik daneben, findet Markus Diem Meier. Die Stützung gesunder Firmen sei sinnvoll. **Seite 11**

## Service

Börse	12	Wetter/Impressum	23
Todesanzeigen	22	TV/Radio	24/25
Leserbriefe	23	Wissen	31

**Redaktion** Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11, Web: [derbund.ch](http://derbund.ch), Mail: [redaktion@derbund.ch](mailto:redaktion@derbund.ch)

**Verlag** Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11

**Inserate** Goldbach Publishing AG, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 330 33 10, Mail: [inserate@derbund.ch](mailto:inserate@derbund.ch)

**Abonnemente** Tel. 0844 385 144 (Lokalstar), Mail: [abo@derbund.ch](mailto:abo@derbund.ch)



## Experte des Bundes kritisiert Berner Asylpraxis

**Nothilfe** Die Unterbringung von Kindern in Rückkehrzentren sei Sippenhaftung und schaffe «kaputte» Menschen, sagt der Präsident der Migrationskommission.

**Andres Marti**

Walter Leimgruber, Präsident der Eidgenössischen Migrationskommission (EMK), kritisiert den Umgang der Behörden mit abgewiesenen Asylsuchenden. Es gehe nicht, wie Bern und andere Kantone mit den Kindern abgewiesener Asylsuchender umgehen, sagt Leimgruber im «Bund»-Interview. Dass in den von der Asylorganisation ORS betriebenen kantonalen Rückkehrzentren auch Kinder untergebracht sind, bezeichnet Leimgruber als «Sippenhaftung». Den harten Umgang mit Kindern als Abschreckung gegen Flüchtlinge einzusetzen, sei «nicht zulässig», die Rückkehrzentren

«keine kindergerechte Umgebung». Es herrsche dort eine grosse Unruhe, zudem gebe es in den Unterkünften meist keine Spielplätze oder sonstige Angebote. Kinder, die noch nicht zur Schule gehen, bleiben laut Leimgruber fast immer mit den Eltern in der engen Unterkunft. Viele entwickelten deshalb motorische und psychosoziale Defizite. «Wir produzieren gerade eine grosse Zahl kaputter Kinder. Das muss aufhören», so Leimgruber.

Der EMK-Präsident plädiert für einen pragmatischen Umgang mit den abgewiesenen Asylsuchenden, die seit Jahren von der Nothilfe abhängig sind und trotzdem das Land nicht verlassen: Es sei eine Illusion der Behörden, dass alle Flücht-

linge mit einem Negativentscheid auch zurückkehren könnten. Diesen Menschen müsse man nun eine Perspektive bieten.

### «Einseitig und ideologisch»

Beim zuständigen Amt für Bevölkerungsdienste des Kantons Bern reagiert man äusserst verärgert auf die Kritik des EMK-Präsidenten. Die Vorwürfe der Sippenhaft und Instrumentalisierung der Kinder bezeichnet man dort als «ehrverletzend». Entgegen den Behauptungen sei «eine kindgerechte Unterbringung möglich», verteidigt sich die Behörde. Leimgruber verhalte sich unprofessionell und argumentiere «einseitig und ideologisch». **Seite 17**

## Wettrennen mit Hirn



**Cybathlon** Samuel Kunz ist querschnittgelähmt. Und er ist Rennfahrer. Seinen virtuellen Boliden steuert der Tetraplegiker am Bildschirm allein mithilfe seiner Gedanken. Hilft ihm die für den Cyberwettkampf entwickelte Technik dereinst auch im Alltag? (red) **Seite 31** Foto: Alessandro Della Bella (ETH)

## Grösste Impfkation der Geschichte

**Corona-Krise** Aussichtsreiche erste Impfungen werden wohl bald schon in alle Welt ausgeliefert. Die grösste Herausforderung dabei: Wie kann die Impfung schnell und unter Einhaltung der Kühlketten auf der ganzen Welt verteilt werden? Sind die Vakzine erst einmal in den Ländern angekommen, geht es darum, wie effizient und schnell die Bevölkerung geimpft werden kann. In der Schweiz liegt die Verantwortung für diese Frage bei den Kantonen. Sie befinden sich derzeit mit-

ten in der Vorbereitung. Das Problem dabei ist, dass noch unklar ist, welcher Impfstoff denn am Ende verabreicht wird. Davon hängt auch die Frage ab, ob die Impfungen in speziell dafür eingerichteten Zentren durchgeführt werden. Gemäss Rudolf Hauri, Kantonsarzt in Zug und Präsident der Vereinigung der Kantonsärzte der Schweiz, ist es das Ziel, je nach Impfstoff breitflächig die Möglichkeit zu bieten, sich impfen zu lassen, also etwa bei Hausärzten. (phf) **Seite 6**

## Panne bei Wahlversand in der Stadt Bern

**Gemeindewahlen** Vor den Wahlen vom 29. November hat die Stadt Bern in mindestens 20 Fällen nicht das komplette Material versandt. Bei den unvollständigen Sendungen fehlte im Couvert jeweils ein Teil der Listen für die Gemeinderatswahlen, betroffen sind unterschiedliche Parteien. Stadtschreiber Jürg Wichteremann geht nicht von einem systematischen Fehler aus und befürchtet keine Auswirkungen auf die Wahl. (awb/bw) **Seite 21**

Kommentar

## Schaden für Österreichs offene Gesellschaft

Der Plan der österreichischen Regierung, nach dem Terror in Wien einen Straftatbestand «politischer Islam» einzuführen, bedeutet, dass eine Gesinnung zum Delikt erklärt werden soll. Eine Gesinnung zwar, die abscheulich ist, mit universellen Menschenrechten brechen will und die kein bisschen Sympathie verdient. Doch Österreichs Regierung will damit nicht ein Handeln unter Strafe stellen, sondern blosses Denken.

Dem stehen nicht nur die österreichischen, sondern mit grosser Klarheit auch insgesamt die europäischen Rechtsstaatsprinzipien entgegen. Ein Staat, der Menschen allein wegen vermeintlicher Gedanken einsperrt, das ist eine Horrorvorstellung. Zumal es auch nicht wenige Befürworter von «politischem Islam» gibt, die auf gewaltfreie Mittel setzen, die Muslimbrüder zum Beispiel oder auch die meisten der sogenannten Salafisten.

Der Plan, einen Tatbestand namens «politischer Islam» einzuführen, ist verkehrt, auch weil damit ein Sonderrecht gegen Muslime geschaffen würde. Es ist keine versteckte Diskriminierung, die Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz da ankündigt, sondern eine selten offene. In die Gedankenwelt nur der Muslime sollen sich Staatsanwälte einschalten, so schlägt es die österreichische Regierung vor. Sonst nirgends.

Konsequenterweise müsste diese Regierung auch einen Straftatbestand namens «rechtsextreme Ansichten» schaffen. Oder auch «frauenverachtende Ansichten», ist doch auch dies eine Gedankenwelt, die – um die Worte des Kanzlers aufzugreifen – «den Nährboden» für erhebliche Gewalt bereitet. Und der politische Katholizismus hat in Österreichs Geschichte Verheerendes angerichtet.

Schliesslich aber ist der Plan von Österreichs Regierung vor allem ein Geschenk an die islamistischen Hassprediger selbst. Sie dürfen sich jetzt nicht nur gute Chancen auf eine Solidarisierung aller Muslime ausrechnen, die gemeinsam mit ihnen derart diskriminiert werden sollen. Sondern sie können ausserdem dabei zusehen, wie sich Österreichs offene Gesellschaft selbst beschädigt.

**Ronen Steinke**

## «Politischer Islam» als Straftatbestand?

**Österreich** Nach dem Anschlag in Wien hat Bundeskanzler Sebastian Kurz gestern Pläne zur Schaffung eines Straftatbestands «politischer Islam» angekündigt. Er soll es erlauben, gegen Personen vorzugehen, die – so Kurz – den «Nährboden» für Terrorismus schaffen. Nach dem Anschlag soll zudem eine Kommission bald einen Bericht zu Vorwürfen des Behördenversagens vorlegen. (red) **Kommentar oben, Seite 5**